

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insektionspreis: die Kleinsp. Zeile 10 Pf.

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement

vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl. Bringerlohn) in der Expedition, bei unsern Boten, sowie bei allen Reichs-Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

N^o. 131.

33. Jahrgang.

Sonnabend, den 6. November

1886.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des Einkommensteuergesetzes vom 2. Juli 1878 und der Ausführungsverordnung dazu vom 11. October 1878 werden zum Behufe der Einschätzung zur **Staatseinkommensteuer** die Hausbesitzer des hiesigen städtischen Gemeindebezirks oder deren Stellvertreter hierdurch angewiesen, in die ihnen in den nächsten Tagen zugehenden Hauslisten **sämmtliche** Bewohner ihrer Häuser, **welche einen eigenen Erwerb haben**, nach Maßgabe der auf diesen Listen befindlichen Vorbemerkungen einzutragen und alle sonstigen in der Liste näher bezeichneten Angaben zu machen, sodann aber die **vollständig** ausgefüllten Listen **eigenhändig** zu unterschreiben und spätestens **innen 10 Tagen**, von der Zufertigung derselben an gerechnet, persönlich oder durch zuverlässige Leute, welche die etwa noch weitere nötige Auskunft ertheilen können, **keineswegs aber durch Kinder**, in hiesiger **Stadteinkommeneinnahme** abzugeben.

Die **Verzäumnis** dieser Frist zieht eine **Geldstrafe bis zu 50 Mark** nach sich.

Der Hausbesitzer haftet für die Steuerbeträge, welche in Folge von ihm verschuldeter unrichtiger oder unvollständiger Angaben dem Staate entgehen.

In gleicher Weise ist jedes Familienhaupt für die richtige Angabe aller zu seinem Hausstande gehörigen, ein eigenes Einkommen habenden Personen einschließlich der Astermiether und Schlafstelleninhaber verantwortlich.

Der von den Miethsbewohnern zu zahlende **Miethzins** ist von denselben in den Spalten 8 und 9 der Listen **selbst** anzugeben. Die wegen unrichtiger Angabe des Miethzinses eintretenden Nachtheile haben sich dieselben selbst zuzuschreiben.

Mit Geldstrafe bis zu 100 Mark kann belegt werden, wer in den zum Zwecke der Einschätzung seines Einkommens von ihm gemachten Angaben sich in wesentlichen Punkten Unrichtigkeiten zu Schulden kommen läßt, sofern diese nicht zur Bestrafung als Hinterziehung geeignet sind.

Die Hausbesitzer bez. deren Stellvertreter werden hierdurch aufgefordert, bei Ausfüllung der Hauslisten auf obige Punkte genaue Rücksicht zu nehmen, damit eine Rückgabe der Listen behufs deren Vervollständigung resp. eine auf Kosten der Hausbewohner behördlich vorzunehmende Vervollständigung vermieden werde.

E i b e n s t o c k , am 4. November 1886.

Der Stadtrath.

Löcher.

Bj.

Vor der Entscheidung.

Noch ist die Möglichkeit gegeben, daß die bulgarische Krise einen gutartigen Verlauf nimmt. Es verlautet mit aller Bestimmtheit, daß die Sobranje schon in der allernächsten Zeit zur Fürstenwahl schreiten werde und zwar soll der schon oft hierfür genannte Prinz Waldemar von Dänemark der Auserkorene sein. Die nahe Verwandtschaft dieses Kandidaten zu dem russischen Kaiserhause sichert seiner Person die Sympathien Rußlands und auf diese kommt es ja am meisten an. Die Regentschaft hat durch Freilassung der wegen des Putschs vom 21. August inhaftirten Offiziere das ihrige gethan, den Hohn Rußlands einigermaßen zu entwaschen. Nimmt die Sobranje nun eine Wahl vor, die auf einen Rußland angenehmen Kandidaten fällt, so sieht Rußland der Sache, wenn auch nicht der Form nach, seine Wünsche erfüllt. Von Seiten der anderen Garantemächte des Berliner Vertrages würde sich wohl keine gegen den jungen Dänenprinzen ablehnend verhalten.

Rußland protestirt bekanntlich gegen die Rechtsgültigkeit der Wahlen der großen Sobranje. Es hätte f. B. die Hinausschiebung derselben auf eine Zeit verlangt, in der sich die Gemüther beruhigt haben würden. Nun wird man aber gerade nicht sagen können, daß die russischen Agenten etwas zur Beruhigung der Gemüther beigetragen hätten; im Gegentheil: ihr Auftreten machte nur böses Blut und war nicht dazu angethan, eine friedliche Beilegung der Krise herbeizuführen. Die in Barna gelandeten russischen Matrosen sollen ein Betragen an den Tag legen, als ob sie sich in einer mit Sturm genommenen Stadt befänden. General Kaulbars seinerseits stellte schon mehrmals gerabazu demüthigende Forderungen an die bulgarische Regentschaft und gab beispielsweise den freigelassenen Offizieren, die gegen ihren Fürsten einen abscheulichen Verrath verübt haben, ein demonstratives Festessen.

Aus alledem ergibt sich die Möglichkeit, daß Rußland nicht zufrieden sein könnte, in der Sache seinen Willen durchgesetzt zu haben, sondern daß es auch auf die Erfüllung der Form bestünde. Alsdann müßte die Regentschaft die große Sobranje auflösen und die Neuwahlen auf eine Zeit verschieben, die Rußland als die passende zu bezeichnen hätte. In der Zwischenzeit aber würden die russischen Agenten ihr Handwerk fortsetzen und das Volk im Sinne Rußlands bearbeiten. Die Regentschaft wird indessen auf keinen Fall auf diese Forderung Rußlands eingehen. Sie ist gewiß froh, einen großen Theil ihrer Verantwortlichkeit jetzt auf die Sobranje übertragen zu können, und wird diese Verantwortlichkeit nicht wieder allein auf die Schultern nehmen wollen.

Bleibt Rußland auf seiner Forderung bestehen und die Regentschaft auf ihre Weigerung, dann allerdings ist der Konflikt fertig, dann ist auch die Besetzung Bulgariens und Ostrumeliens durch russische Truppen wahrscheinlich. In dieser Beziehung ist es bezeichnend, daß offiziöse Stimmen sowohl in Berlin wie in Wien sich schon mit der Möglichkeit einer

russischen Okkupation vertraut machen und derselben keineswegs mehr wie früher Widerstand entgegensetzen. Man erkennt die Rechte Rußlands in Bulgarien als durch die Opfer erworben an, die das erstere für die slavischen Stammverwandten am Balkan gebracht hat, man betont die ausgezeichneten Beziehungen die zwischen Berlin und St. Petersburg bestehen und sieht in den bulgarischen Regenten und Ministern Leute, die voller Unbath gegen den Czaren handeln.

Sollten auch die Dinge in Bulgarien nicht den friedlichen Verlauf nehmen, den eine etwaige Wahl des Prinzen Waldemar von Dänemark erhoffen läßt, so darf man heute doch wenigstens die Ueberzeugung hegen, daß aus den bulgarischen Wirren kein Weltbrand entsteht, und das ist die Hauptsache. Wenn keine weiteren unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten, so wird man die fernere Entwicklung der Dinge am Balkan mit Ruhe abwarten können.

Tagesgeschichte.

— **Deutschland.** Der Prinz-Regent von Bayern wird seinen Besuch am Berliner Hofe im Dezember machen, zu welcher Zeit auch Kaiserin Augusta nach Berlin zurückgekehrt sein wird.

— **Der Bundesrath** hat in seiner Plenarsitzung vom 4. d. M. der Vorlage betr. die Ausprägung der neuen Nickelmünzen zu zwanzig Pfennigen zugestimmt, nachdem die zuständigen Ausschüsse desselben ihre Zustimmung ertheilt hatten. Die Münze ist aus einer Legirung von 25 Theilen Nickel und 75 Theilen Kupfer zu prägen, und sollen demnächst 5 Millionen Mark hergestellt werden.

— **Hamburg.** Der Gesetzentwurf über die Unfallversicherung für Seeleute mit seiner Belastung des Rhebers mit mehr als 30 Mark pro Mann der Besatzung hat hier große Opposition hervorgerufen. Der Nautische Verein wird schon in den nächsten Tagen den Entwurf in Berathung ziehen und den Widerstand bestimmter formuliren.

— **Meß.** In letzter Zeit vergeht in Folge der neuerdings wieder üppig ins Kraut geschossenen chauvinistischen Heterieen in Frankreich keine Woche, ohne daß nicht einzelne oder auch ganze Gruppen von deutschen Arbeitern, Kaufleuten, Gouvernanten oder Lehrerinnen, welche wegen der Unliebenswürdigkeiten unserer westlichen Nachbarn zur Rückkehr in die Heimath gezwungen wurden, unsere Stadt passiren. Während früher die Deutschenheterie sich vorherrschend auf Paris beschränkte, hat sie sich neuerdings auch auf die kleineren Provinzialstädte verbreitet. In den meisten Fällen genügt die einfache Denunziation, daß dieses oder jenes Geschäftshaus Deutsche beschäftige, um dieselben stellenlos zu machen. Der Druck der öffentlichen Meinung ist dabei so groß, daß der Geschäftsinhaber beim besten Willen seine deutschen Angestellten nicht in ihrer Stellung zu erhalten vermag. Nehmen dieselben eine andere Stelle an, so wiederholt sich nach kurzer Zeit derselbe Vorgang, bis die Betroffenen endlich der Sache müde, oft von allen Mitteln entblößt, zur Heimreise ge-

zwungen sind. Charakteristisch ist es, daß sich die Heterie auch gegen alle Elsaß-Lothringer richtet, welche sich nicht durch einen Options- oder Auswanderungsschein ausweisen können, daß sie die deutsche Nationalität verloren haben. Es dürfte dies besonders für diejenigen Bewohner des Reichslandes sehr lehrreich sein, welche oft bei den unbedeutendsten Anlässen auswandern, in der irrigen Meinung, überall in Frankreich mit offenen Armen aufgenommen zu werden. Da sogar Personen, welche mit den einschlägigen Verhältnissen durch jahrelangen Aufenthalt in Frankreich vertraut sind, sich nicht halten können, so ist begreiflich, wie schlimm daran solche Leute sind, welche direkt aus Deutschland kommen und nicht einmal die Sprache und Lebensgewohnheiten des Landes kennen. Man kann daher Stellensuchende nicht genug davor warnen, sich nach Frankreich zu wenden, selbst wenn ihnen von Agenturen sog. „feste“ Stellen angeboten werden.

— **Frankreich.** Paris. Professor Pasteur konstatirte in der letzten Sitzung der Akademie der Wissenschaften, daß er im letzten Jahre 2490 Personen behandelt habe. Hierunter befanden sich neun Deutsche. Von 1726 Franzosen sind 10 trotz alledem gestorben. Seit dem Beginn der Impfungen ist in den Pariser Hospitälern die Mortalitätsziffer an der Tollwuth von 12 auf 3 gefallen, hierunter war nur ein Geimpfter.

— **Von den Zuständen im französischen Heere** bringt die „Vos. Ztg.“ eine ziemlich trübe Schilderung. Nach einem Ueberblick über die neuen Reformen wird hervorgehoben, daß das französische Heer eine tiefgehende Umwandlung erfahren hat, daß es aus einem Berufsheere ein Volkshöer geworden ist, daß aber die Umwandlung noch weit entfernt ist, in Fleisch und Blut, in die Anschauungen und Gewohnheiten des Volkes übergegangen zu sein. „Und es dürfte noch einige Jahrzehnte dauern, ehe dies der Fall sein wird. Darin liegt die Schwäche der zeitigen Kriegsmacht Frankreichs. Die Reservisten und Landwehrmänner, welche im Kriegesfalle bis zu drei Vierteln das Heer bilden werden, sind noch weniger krieglustig, als 1870. Nur bei der Bertheiligung des eigenen Bodens dürften sie sich etwas besser bewähren. Es ist eine nicht wegzuleugnende Thatsache, daß seit Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in Frankreich der militärische Geist nicht zu, sondern eher abgenommen hat. Der beste Beweis dafür besteht darin, daß es fast keine alten Unteroffiziere, geschweige alte Soldaten mehr giebt.“ Zu der Unlust tragen die Einjährig-Freiwilligen bei. Das Beispiel ihres Widerwillens gegen den Kriegsdienst wirkt ansteckend. Noch viel schlimmer wirkt die herrschende Günstlingswirtschaft. Wer einen Gönner besitzt, braucht garnicht zu dienen oder bringt die meiste Zeit auf Urlaub zu. Es ist garnichts Unmögliches, daß der Militärpflichtige bei der Musterung einen Brief überreicht, worauf ihn der Arzt sofort für untauglich erklärt. In Frankreich ist aber das Klaffen tief eingewurzelt als irgendwo. Aus allen diesen Gründen werden die inneren Zustände des französischen Heeres fortan noch schlechter sein als unter dem Kaiserreich, wo noch ein ordentlicher